

Im Wirtschafts- und Finanzausschuss vom 2.6.2021 standen die beiden Anträge zu Fair Trade aus der letzten Wahlzeit zur Diskussion.

Zum einen der Antrag der SPD, die die Bewerbung Griesheims zur „Fairtrade-Stadt“ beantragt und den Antrag der Ex-Koop, in dem lediglich fairer Handel gefordert wird, der aber ausdrücklich die Förderung des lokalen Gewerbes in den Fokus nimmt. Nach der einführenden Präsentation informierte der Vorstandsvorsitzende des Gewerbevereins über die Situation des Griesheimer Gewerbes und die Einschätzung des Gewerbevereins. Ladislaus Boldizar hat zum Thema sehr deutlich darauf hingewiesen, dass die Förderung der Nachhaltigkeit des Handels deutlich wichtiger ist als ein Siegel. Die Forderungen der SPD beziehen sich darauf, dass Griesheim sich an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ beteiligt und so einen Titel erhält. Zur Erlangung dieses Titels verpflichtet sich die Stadt zum Beispiel in künftigen Sitzungen der Ausschüsse, des Magistrats sowie im Bürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee auszuschenken sowie ein weiteres Produkt (Fairtrade Tee, Fairtrade Zucker, Fairtrade Kakao, Fairtrade Orangensaft) aus Fairem Handel zu verwenden.

Die ehemalige Koop fordert hingegen, zu prüfen, inwieweit Produkte zertifizierter Siegel und Label des fairen Handels bei Beschaffungen der Stadt bevorzugt berücksichtigt werden können. Mit Institutionen und Akteuren in der Stadt Kontakt aufzunehmen, um den Informationsaustausch zu fördern und die Bereitschaft für eine Zusammenarbeit zur Stärkung des fairen Handels zu klären. Zu prüfen, ob die Einbeziehung des Merkmals „Fair gehandelt“ in die Plattform „Made in Griesheim“ möglich und sinnvoll ist. Bei Pressekontakten das Thema „Fairer Handel“ mit positiven Beispielen der Stadt anzusprechen sowie auf der Website der Stadt objektive Informationen über fairen Handel zu verlinken, dort positive Beispiele der Stadt zu präsentieren und diese auch in städtische Newsletter aufzunehmen.

In der neuen Großen Koalition aus CDU und SPD stellt sich nun natürlich die Frage, was wird aus den widerstreitenden Anträgen. In der Sitzung waren allerdings weder die SPD noch die CDU bereit, ihre Anträge zurückzuziehen oder einen gemeinsamen neuen Antrag zu stellen. Gleichwohl warb die CDU dafür, die Anträge im nächsten Wirtschaftsausschuss neu zu verhandeln und die Aspekte des Gewerbevereins miteinzubeziehen.

Mit der Mehrheit der CDU/SPD wurde der Antrag mit 5 JA, 4 Nein bei 2 Enthaltungen

angenommen und beide Anträge werden nun erneut im nächsten Ausschuss auf der Tagesordnung stehen.

Doch was soll bei der nächsten Ausschusssitzung anders sein, als bei der Sitzung vom 02.Juni.2021?

Wir, die FDP, stehen weiterhin zum Antrag der Ex-Koop, welcher die CDU seinerzeit angehörte und haben dem Antrag der CDU beide Anträge nicht in der nächsten SVV zu behandeln, sondern erneut im WiFi Ausschuss nicht zugestimmt!